

# Staat

## Staat aus Sicht der Soziologie:

### Zusammenfassung aus dem Buch:

#### Sozialer Wandel

- ist die Veränderung in der Struktur eines sozialen Systems
- das Ergebnis der vielfältigen Dynamiken in / zwischen sozialen Teilsystemen
- bringt gesellschaftliche Strukturen hervor
- legt Augenmerk auf Prozesse, die positiv oder negativ sein können
- erübrigt eine Unterscheidung zwischen sozialer Statik und Dynamik
- **Makroebene:** Sozialstruktur, Kultur
- **Mesoebene:** Institutionen, korporative Akteure, Gemeinschaften
- **Mikroebene:** Personen und ihre Lebensläufe
- Veränderungen der Staatsfunktion äußern sozialen Wandel

#### Geschichte des Staates

- 2009 zählte die UNO 192 Staaten als Mitglieder
- Absolutisten repräsentierten den Staat nicht, sondern *personifizierten* ihn
- im Vormärz kam die Idee auf, Staaten durch Verfassung zu institutionalisieren
  - **Göttinger Sieben:** Herrscher als Funktion innerhalb der juristischen Person Staat
- Verfassung: "Gesetzeswerk, das einseitigem Herrscherzugriff entzogen ist"
- Entstehung eines Staates: **Institutionalisierung von Recht** / Herrschaft
- Drei Elemente-Lehre: **Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt**
  - statt "Staatsgewalt" heute eher "Rechtsordnung" oder "Rechtssystem"
- Juristische Unterschiede zwischen "Bevölkerung" und "Staatsbürgern"
- Soziologische Unterschiede sind mit flexibel zu behandeln, sonst Unruhen
  - politischen Systemen mangelt es oft an Beweglichkeit, zu reagieren
  - öffnet Räume für Ideologien, Staat zur Abgrenzung zu instrumentalisieren
- Ziel: Staat soll mit seinen Einrichtungen für Bürger wirken, nicht umgekehrt

#### Soziologische Staatsmodelle

- Staat ist zentrale Macht, Herrschaftsinstanz und Schutzschirm:
  - Max Weber / Karl Marx: Zentrale Macht, Herrschaftsinstanz
  - Abgrenzung und Verteidigung bei Locke und Smith Zentralfunktion

- Karl Marx: "Geschichte der Gesellschaft ist Geschichte von Klassenkämpfen."
- Adam Smith: "Staat schützt Privateigentum von Besitzern."
- Max Weber: "Staat ist Mittel der legitimen Gewaltsamkeit."
- **Macht** ist Chance, *eigenen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen*.
- **Herrschaft** ist Chance, *mit eigenem Befehl Gehör zu finden*.
- **Staat** ist *politischer Anstaltsbetrieb*, wenn Monopol physischen Zwanges.
- Drei **Arten von Herrschaft**: rational, traditional, charismatisch.
  - Emile Durkheim: "Staat ist gesellschaftliches Gehirn, das sich entwickelt."
    - je seltener der Krieg wird, desto nötiger Macht des Staates einschränken
- Heutige Ansicht: **Staat soll Dienste für die Gesellschaft leisten**
  - *Sicherung und Verbesserung der Lebensgrundlagen von Staatsbürgern*

### Dynamik zwischen Staat und Gesellschaft

- Staaten können verändert werden - *Prozesse* statt *Gestalten*
- Staaten sind "Gewordenes und Werdendes", durchlaufen Lebenszyklus
  - auch Imperien werden schwach und vergehen (Rom, UdSSR)
  - soziologische Kontinuität: soziale / wirtschaftliche Beziehungen, Ambitionen
- Staat formt die Gesellschaft nur oberflächlich, Gesellschaft ist mehr
- Im Gegenteil: Gesellschaften begründen Staaten
- Staaten herrschen immer weniger über Volk, Territorium und Wirtschaft
- nationalstaatliche Herangehensweisen für globale Themen unzureichend
- nächstes Ziel kein globaler Bundesstaat, sondern transnationale Institutionen
- Soziologie muss sich globaler verstehen statt nationalstaatlich

### Soziologischer Ausblick

- Staat je nach Gesellschaft verschieden: Industrie- oder Wissensgesellschaft?
  - Wissensgesellschaft wirft durch Nichtwissen auch immer mehr Fragen auf
  - Regeln und Selbstverständlichkeiten werden öfter in Frage gestellt
- Staat wird von Verflechtungsstrukturen beeinflusst
  - Erwartungen
  - Interessen
  - Strukturen
- Unterschiedliche Handlungslogiken durch verschiedene Akteure:
  - Staaten: Logik der Hierarchie, Ausübung von Macht durch Legitimität
  - Märkte: Äquivalenzprinzip - Konkurrenz und Kooperation
  - Netzwerke: Reziprozität (Gegenseitigkeit)

## **Staat aus Sicht der Politikwissenschaft:**

### **Zusammenfassung aus dem Buch:**

Die Entstehung und Entwicklung moderner Staaten war eng verbunden mit kapitalistischer Wirtschaft und politischen Revolutionen, die Feudalismus und koloniale Abhängigkeiten beseitigten. Zugleich etablierten diese Revolutionen moderne Konstitutionen und mehrere Formen parlamentarisch-demokratischer Systeme.

In Europa war die Entwicklung des modernen Staates aber auch mit der Zerschlagung diverser Formen der Volksrepräsentation verbunden - mit der Schaffung von Absolutismen, gestützt auf militärische Gewalt. Die früheren neuzeitlichen Revolutionen und der Kapitalismus ließen Leute glauben, sie müssten ihr Eigentum vor der Demokratie retten - eventuell auch vor absolutistischer Fürstenherrschaft. Eine theoretische Begründung des Staates war kaum jemals notwendig.

Staatstheorie sollte das Selbstverständnis der Herrschenden oft nur bestätigen. Sie wird meist nur in politischen Krisen benötigt, wenn mehr Bürgerbeteiligung gewünscht wird. Dann schaut man sich an, wie Staaten entstanden und sich veränderten, man prüft alte Theorien neu. Die bloße Beschreibung von Vorgängen im Staate genügt nicht.

Ursprünglicher Sinn des Staates war die Sicherung von Eigentum.

### **Gesellschaft**

Als Gesamtheit der Einrichtungen und Beziehungen des menschlichen Zusammenlebens wird Gesellschaft schon im 17. und 18. Jahrhundert in England und Frankreich verwendet, im deutschsprachigen Raum hatte Gesellschaft noch um 1900 noch eine rechtliche und kaufmännische Bedeutung. Schon Aristoteles bezeichnete den Menschen als gesellschaftliches Wesen, als "zoon politikon" - wobei das griechische Wort ebenso mit politisch, staatlich oder städtisch übersetzbar ist. In Griechenland waren Politik, Gesellschaft und Staat ohnehin nicht klar abgegrenzt. Die Athener Gesellschaft bezog sich jedoch nur auf reiche Staatsbürger, die politische Ämter unter sich ausmachten - Sklaven galten als Vieh, Arme als nicht vollständig.

Erst im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wurde Gesellschaft so verstanden, wie wir sie heute verstehen - als Gesamtheit aller sozialen Klassen. Die Einteilung der Gesellschaft in verschiedene Klassen erfolgte durch Adam Smith. John Locke definierte sie als eine Verbindung, die Menschen im Sinne eines Gesellschaftsvertrag einnehmen.

### **Staat**

Wenn unter Gesellschaft eine Vereinigung freier, gar gleicher Menschen verstanden wird, hat Staat immer etwas mit Unter- und Überordnung, mit Macht und Herrschaft zu tun. Staat ist organisierte Gewalt, organisierte Macht. Der moderne Staat entstand durch den Kapitalismus und unterscheidet sich von Vorgängern durch die Möglichkeit der Einbindung seiner Bevölkerung. Durch die

politischen Revolutionen in Frankreich, den Niederlanden, den USA etc. veränderten sich die Vorstellungen, was ein Staat leisten und wer wahlberechtigt sein sollte.

Unter Staat kann man eine die Idee einer Gemeinsamkeit, die Gesamtheit der verschiedenen Einrichtungen sowie den Staatsapparat im weiten Begriff verstehen. Im Deutschen galt der Staat lange als eine Gesamtheit aller Einzelinteressen der zersplitterten Gesellschaft, die immer das Gemeinwohl im Auge behielt.

### **Verfassung**

Eine Verfassung ist eine Summe von rechtlichen Vorschriften, die das menschliche Zusammenleben in einem Staat regeln. Die Entstehung von modernen Verfassungen beschäftigte sich mit der Rolle der Absolutisten, den Rechten des Volkes, der Rolle der reformierten Religion.

Thomas Paine formulierte in "Rights of Man" eine Skizze zur republikanischen Demokratie ohne materielle Einschränkungen. Der Staat und seine Einrichtungen sollten unmittelbar mit den Bürgern verbunden sein, Personenherrschaft sah er unweigerlich als Sklaverei.

### **Wahlrechtsdiskussion zu Zeiten der Englischen Revolution**

Während der Englischen Revolution 1640 bis 1660 kam es zur Wahlrechtsdebatte. Vertreter der Armee und des Parlaments einigten sich auf allgemeines Wahlrecht nach dem Grundsatz der Gleichheit. Dabei wurde allerdings bemerkt, dass der Staat Eigentum sichern sollte - so kam es, dass keine Verfassung und keine Gerichtsbarkeit über dem englischen Parlament stand, es konnte mit einfacher Mehrheit über alle Angelegenheiten entscheiden.

Die Besitzenden fürchteten, und dass Habenichtse im Parlament durch ein Gesetz totale Gleichheit beschließen konnten. So wurde das Eigentum in allen Verfassungen verankert, Minderheiten vor allem geschützt, wenn sie viel besaßen. Der moderne Staat wurde zum Schutz des Eigentums und zur Abwehr der wahren Volksherrschaft entwickelt - Viele durften nur teilhaben, wenn Wenige dadurch nicht verlieren konnten.

### **John Locke**

Laut Locke ist das hauptsächliche Ziel menschlicher Zusammenschlüsse zu einem Staatswesen der Erhalt des Eigentums. Laut ihm ist der moderne Staat eine Vereinigung der Besitzenden zum gemeinsamen Schutz vor Übergriffen auf ihr Eigentum. Genau genommen schließt diese Definition Besitzlose aus der Gesellschaft aus.

### **Adam Smith**

Laut Adam Smith in "*The Wealth of Nations*" (1776) wächst die Notwendigkeit des bürgerlichen Staates im Ausmaß seines wertvollen Eigentums an. Bürgerliche Staaten setzten Unterordnung voraus. Zudem sei Ungleichheit bei großem Reichtum unvermeidbar.

### **Karl Marx**

Marx und Engels definierten in "*Die deutsche Ideologie*" (1845/46) den Staat als "die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben". Der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" besiegelte die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter, so Marx in "Das Kapital".

### **Vollbeschäftigung und was danach kam**

In den späten 60ern und frühen 70ern herrschte in modernen Staaten weitgehend Vollbeschäftigung. Es gab die Perspektive langfristiger Beschäftigung für alle und senkte die Abhängigkeit der Jugendlichen von ihren Eltern. Das führte zu einem kulturellen Wandel in Richtung Konsumfreude, man musste nicht mehr mit wirtschaftlichem Mangel leben. Die Popkultur propagierte nicht mehr Konsumverzicht, sondern ein besseres Leben für alle. Die massenhafte Produktion schaffte Arbeitsplätze, massenhafter Konsum sicherte sie ab - die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern schienen beinahe ident.

Diese neue Klassenlosigkeit führte zu neuen Ideologien und Überlegungen hin zu einem "guten Leben für alle". Das kapitalistische System wurde bedroht durch neue kollektive Organisationsformen zur Bedürfnisbefriedigung aller arbeitenden Klassen. Es konnte nicht im Interesse der Herrscher sein, wenn die neue jugendliche Mentalität plötzlich Klassenlosigkeit und egalitäre Verhältnisse beschrieb.

Ab 1973 setzten Wirtschaftskrisen die Normalität kapitalistischer Verhältnisse wieder her - Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Sicherheit usw. Der Kapitalismus geht jedoch meist ohnehin gestärkt aus Krisen hervor. "Not lehrt beten" - Mangel und Elend zerstören Bewusstsein vom guten Leben für alle. Ständige Arbeitsplatzunsicherheit verhindert langfristige Perspektiven und macht gefügig.

Der Staat hatte meist als Hauptaufgaben die Sicherung des Eigentums und die Wahrung der Interessen - mit allgemeinem Wahlrecht auch der Besitzlosen. Trotz zunehmender Verelendung kam es kaum irgendwo zur Wiedereinführung des Zensuswahlrechts. Wenn die Ausübung des Wahlrechts allerdings nichts an den materiellen Lebensbedingungen verbessert, kommt es zu wachsender Politikverdrossenheit.

### **Neokonservatismus und "New Labour"**

Der Neokonservatismus trachtet nach einer "neuen" Art von Politik und einem "neuen" Staat. Es geht um Zurückdrängung des Staates, Abbau der Staatsverschuldung, Gesundschumpfung des Staates und dessen Ausgaben. Die Staatstätigkeiten, die laut Neokonservativen eingeschränkt werden sollen, sind z. B. öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Verkehr und Wohnungswesen. Umgekehrt werden Ausgaben für Militär, Polizei, Strafjustiz und Zwangsverwaltung gerne erhöht. Während der neokonservativen Politik der 80er-Jahre, vor allem von Margaret Thatcher und Ronald Reagan, wurde die Zurückdrängung des Staates ebenfalls vor

allem durch Abbau von Staatstätigkeiten des öffentlichen Lebens abgebaut.

Überall dort in Europa, wo sozialdemokratische Parteien aufgehört haben, die Vertreter der arbeitenden Klassen zu sein und stattdessen Elemente des neokonservativen und neoliberalen Denkens aufgenommen haben, wurden sie abgewählt. Durch das Aufgeben von Prinzipien und Kompromissbereitschaft waren sie den Auswirkungen des Kapitalismus ausgeliefert.

Die Linke entpolitisierte und entideologisierte sich zur Zeit der 80er eher, während die Neokonservativen (die Rechte) sich eher "re-ideologisierte" und "re-politisierte". Die neokonservativen Führer verließen sich nicht nur auf ihre PR, sondern setzten auf politische Programmatik, Propaganda und den effizienten Einsatz von Apparaten - was bei den Linken durch den "Zeitgeist" abgebaut und überwunden wurde. Konservative standen offen für eine Schwächung der Gewerkschaften, Sozialdemokraten ließen dies zu, weil es "modern" war.

Wesentlich für den Neokonservatismus ist permanentes Krisenbewusstsein. Krisen sind keine gesellschaftlichen oder ökonomischen Kategorien, sondern kulturelle. Wenn Sitte und Anstand wiederhergestellt werden, werden alle Probleme gelöst. In der schönen neuen Welt des Kapitalismus gab es keinen Platz für Lohndumping, Arbeitslosigkeit oder gar Armut - das wurde zumindest so vermittelt. "Modernisierung" bezog sich auf "moderne" Individuen, die möglichst wenig mit dem Staat oder Gewerkschaften zu tun haben wollten. Ein schönes Leben (ohne "für alle") wird nach wie vor als gut angepriesen - und als erreichbar. Wer es nicht erreicht, habe eben individuell versagt und sollte von ein bisschen Sozialpolitik und Charity leben - möglichst niedrig, um Arbeitsmoral aufkommen zu lassen. Das Leben als Abfolge von Lotteriespielen und Risiken.

"New Labour" meinte, dass die Politik dem ausgesetzt sei und wenig tun könnte - außer ein wenig für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Diese Einstellung war antidemokratisch - wenn die Politik nichts mehr für die Masse der Bevölkerung leistet, ist sie sinnlos. Das Schrumpfen der Wählerbasis führte dazu, dass Politik als allgemeine Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen bei gleichzeitiger Wahrung politischer Ämter sei.

### **Transnationale Staatswesen**

Transnationale Staatswesen entstehen nach modernen Staatstheorien wie normale Staaten - durch fiktive allgemeine Gesellschaftsverträge zwischen Individuen. Über-nationale Staatswesen opfern die individuellen, nationalen Souveränitäten der Rechtsgültigkeit von Verträgen. Der Unterschied zwischen transnationalen Staatswesen und normalen Nationalstaaten ist die fehlende Abgrenzung von Politik und Ökonomie. Heute gilt, dass Staaten kaum mehr in die Wirtschaft eingreifen können oder sollen, da Betroffene im Fall des Falles jederzeit abwandern können, den Konzernen nicht geschadet werden kann und die Nationalstaaten sich in einem permanenten Standortwettbewerb befinden.

Diese nationalstaatliche Ohnmacht entbehrt jeder empirischen Grundlage. Die Flexibilität der Unternehmen ist nicht so groß wie behauptet - denn es findet kaum relevante Abwanderung von

reichen, entwickelten Industrieländern in arme, unterentwickelte Länder statt. Sicherheit ist nach wie vor ein relevanter Faktor. Zudem kommt es gerade dort zu neuen Entwicklungen - in asiatischen Billiglohn-Ländern entstehen Gewerkschaften.

### **Die Europäische Union**

Die EU kann als Umverteilungsagentur gesehen werden - reiche Länder helfen armen Ländern. Aber es steckt mehr dahinter. Die EU wurde wie die meisten Nationalstaaten so von niemandem gewollt, aber kann von vielen sehr gut benützt werden und wird von daher doch gewollt. Bemerkenswert ist, dass die EU viele Parallelvorhaben zur NATO betreibt - genug Kohle und Stahl zur Verfügung stellen, Freihandel, Atomforschung- und Entwicklung.

In Maastricht wurden gemeinsame Ziele staatlicher Budgetpolitik fixiert. So wurde Europa neoliberal gestaltet und gleichzeitig politisch geprägt - außerdem wurde das mächtige Deutschland, zum ersten Mal keine Bedrohung, integriert. Die Folgen der EU-Politik reichten von Deregulierungen (Privatisierungen nationaler Kommunikationsunternehmen und Infrastruktur) hin zu rechtlichen Maßnahmen (Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen). Transport, Energie, Kommunikation wurden liberalisiert und Unternehmen privatisiert - basierend auf verbindlichen europäischen Rechtsnormen. Für nationale Regierungen hat die EU den Vorteil, dass man die großen Maßnahmen auf Rechtsnormen der EU schieben kann - für die Bevölkerung hat das den Nachteil, dass es schwierig ist, jemanden bei Wahlen für etwas abzustrafen. Die Rahmenpolitik der Europäischen Gemeinschaft schafft es, folgenschwere Maßnahmen zu setzen, ohne dafür einen europäischen Bundesstaat zu schaffen. Dazu reicht die lose EU von heute aus - sie hat keinen Anspruch darauf, ein supranationaler Sozial- oder Wohlfahrtsstaat zu sein.

## Staat aus Sicht der Kultur- und Sozialanthropologie:

### Zusammenfassung aus dem Buch:

Die Kultur- und Sozialanthropologie behandelt als Schwerpunkt den Menschen als handelndes Subjekt, als sozial agierendes Wesen. Als sozialer Wesen ist dieser immer darauf angewiesen, mit anderen Beziehungen in Wechselbeziehungen zu treten, denn allein könnte er nicht überleben. Menschliches Leben ist vom "Wie" und "Warum" der sozialen Interagierens mit seiner Umwelt und anderen Menschen geprägt.

**Interessensabgleich:** Zwei Menschen, die miteinander kommunizieren, um sich zu einigen, müssen sich darüber im Klaren sein, mit welchen Werkzeugen\* und nach welchen Dekodierungs- und Verständnisparametern dieses Interagieren ablaufen kann. Erst dann kann es zum Interessensabgleich kommen.

\* Wenn Menschen sich einigen, braucht es einen Interessenabgleich. Dieser verläuft über grundlegende Wege der Kommunikation, sichtbar vor allem über Sprache, Gestik und Mimik. ("Werkzeuge erster Ordnung") Andere Elemente, wie zum Beispiel Schrift, Piktogramme und Symbole, sind "Werkzeuge zweiter Ordnung". Sich daraus ergebende Handlungen (SMS schreiben etc.) heben die Problematik auf eine nochmal neue Ebene.

Das passiert in der Regel unbewusst. Durch Sozialisation lernen wir seit unserer Geburt, die Regeln und Mechanismen unserer Kultur zu verstehen. Auch Kinder im Sandkasten entwickeln für ihren Umgang mit- und untereinander ein Instrumentarium, welches dem Interessensabgleich dient und ein Auskommen in der Sandkiste ermöglicht.

**Konflikthaftigkeit jeglichen Interagierens:** Konflikthaftigkeit ist nichts Negatives. Beim Abgleich von Bedürfnissen kommt es oft dazu, dass die Bedürfnisse nicht deckungsgleich sind. Aus diesem Grund ist ein gegenseitiges Sicht-Abtasten nötig, um zu sehen, wie weit man gehen kann, ohne die Bedürfnisse des anderen zu stören.

**Immanuel Kant:** "*Kategorischer Imperativ*" - man solle nur nach derjenigen Maxime handeln, die man auch als allgemeines Gesetz gelten lassen würde. ("*Was du nicht willst, dass man dir tu ...*")

Die Quintessenz dieser Aussagen ist, dass Menschen sich in Wechselbeziehung begeben, diese erkennen und hinterfragen, und dieses Verhältnis in Bezug auf den eigenen Bewegungsspielraum und mögliche Berührungspunkte zu definieren versucht. Es geht dabei um ein Übereinkommen. Das ist allerdings eine universalistische Konzeption, die angesichts unterschiedlicher Sozialisationen in einer multikulturellen Welt eine besondere Bedeutung gewinnt.

Um kommunizieren, müssen wir also Zeichen verstehen, und es muss Einigkeit darüber bestehen, was sie bedeuten. Letztlich dient alles Kommunizieren der Bedürfnisbefriedigung - nicht nur der Befriedigung von Existenzbedürfnissen ("*food, shelter, health, care, education*"), auch von Werten.



Um zu definieren, wie der Interessensabgleich zur Bedürfnisbefriedigung funktionieren kann, bedarf es Regeln. Diese allgemeingültig und "richtig" zu formulieren, ist nicht einfach - das zeigt sich auch im politischen Alltagsgeschäft mit Lobbying, Intervention, Widerstand, Akzeptanz, Kompromisse, Adaptierungen usw. Der Prozess der Regulierung ist durch Ambivalenz, Mühsal und Fragilität gekennzeichnet.

Durch diese "Spielregeln" sollte man früher oder später theoretisch zu "Lebenslösungen" gelangen. Es geht um Konsens und Konsensbildung, um Vertrauen und Pakttreue. Dabei macht es keinen Unterschied, ob man von einer Familie, einem Dorf, einem Stamm oder einem Staat spricht. Denn auch der Staat ist nur eine große, unübersichtliche Form des politischen Gemeinwesens. Es benötigt Regulative in Form von Verfassung, Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Handlungsanweisungen, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

**Politik:** Regelung gemeinsamer Angelegenheiten.

**Recht:** System von Regeln mit allgemeinem Geltungsanspruch innerhalb einer sich als "Wir"-Gruppe definierenden Einheit.

**Stagl:** Einfacher strukturierte politische Organisationsformen für praktische Politik bedeutsam.

Früher befasste sich die KSA nur mit nicht-industriellen Gesellschaften außerhalb Europas. Gerade in Kleingruppen konnte / kann man mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung und im Rahmen qualitativer Studien zu sinnvollen und modellhaften Aussagen gelangen. Abgeschlossene, autarke Gruppen bieten umfangreiche Vergleichsmöglichkeiten, da sie meist recht genaue Dokumentationen gesellschaftlicher und politischer Organisation bieten.

### **Entstehung staatlicher Strukturen**

Die Ethnologie hat eine lange Tradition der Erforschung kleiner, überschaubarer und vergleichsweise einfach strukturierter Gemeinwesen. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf der Untersuchung von Kleingruppen. Hier konnte eine Hierarchisierung verschiedener Ebenen eines politischen Gemeinwesens beobachtet werden. Man kann auch von "Politik auf verschiedenen Ebenen" sprechen, wenn politische Gemeinwesen in mehrere, voneinander relativ unabhängige Ebenen politischen Handelns zerfallen. Die Organisation politischer Gemeinwesen umfasst mehrere gleichartige Gebilde, die zumindest je eine der Funktionen der politischen Organisation erfüllen.

### **Drei organisatorische Grundprinzipien:**

- Verwandtschaft
- Territorialität
- Willentlicher Zusammenschluss

Diese Ebenen sind nicht statisch. Sie können ineinander übergehen oder sich zusammenschließen. Derartige Strukturierung des Gemeinwesens kann "segmentäres System" genannt werden.

Die schrittweise Entwicklung des Staates ist grob gesehen eine Entwicklung vom Einfacheren zum Komplexeren. Wichtig ist dabei die Dichotomie von staatlichen und nichtstaatlichen Gesellschaften. Entwicklung von Staaten stehen eng mit dem Entstehen von Städten in Verbindung. Die Frage, wann sich vorstaatliche in staatliche Gemeinwesen transformieren, ist eine Kernfrage der Ethnologen.

Die Entstehung des Staates ist mit der Entstehung von Hochkulturen verknüpft:

- Arbeitsteilung
- Entstehung von Bildungsschichten
- Entstehung von Hierarchien
- Entwicklung von Verwaltungssystemen
  - Kontroll-, Finanz-, Infrastruktur- und Rekrutierungseinrichtungen
- Gewaltentrennung
  - Abgrenzung legislativer und exekutiver Kompetenzen
- Massenorganisation von Arbeit
- Spezialisierung bestimmter Kenntnisse und Fähigkeiten
- Trennung säkularer und sakraler Kompetenzen

All dies war nur aufgrund einer schrittweisen Zentralisierung der Gemeinwesen sowie von deren relativer politischer Stabilität möglich.

### **Erforschung der Indus-Kultur**

Anthropologen arbeiteten mit Kulturanthropologen zusammen, um aus archäologischen Fundsituationen ausgegrabener Städte die Strukturierung und Organisation des Gemeinwesens zu rekonstruieren. Dabei standen die Frage nach der Zentralgewalt und nach der arbeitsteiligen Organisation der Städte eine Rolle. Das Besondere an der Induskultur war, dass sie eine vergleichsweise friedliche Kultur waren - es gab sowohl Binnen- als auch Außenhandel. Frühe Staaten sind also nicht immer auf Gewalt, Unterdrückung, Ausbeutung und Eroberung entstanden.

### **Moderner Staat und andere Formen politischer Organisation**

Der moderne Staat wird oft als organische Zusammenfassung einer einigermaßen homogenen Gesellschaft durch ein einziges Führungssystem, eine sogenannte Zentralinstanz, gesehen, welche innerhalb eines bestimmten Territoriums jederzeit das Monopol physischer Gewaltanwendung als letztes Mittel zur Herstellung von (erzwungener) Gemeinsamkeit beansprucht.

Die ehemaligen Kolonien sind heute meist nach westlichem Vorbild strukturierte Staaten. Ihre Grenzen wurden auf fragwürdige Weise gezogen, ihre Gesellschaft ist oft sehr heterogen und voller Subgruppen. In Themenbereichen und Schlagworten wie Tribalismus, Sezessionskriegen, Abspaltung, Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen, Aufstände, Erweckungsbewegungen, etc. stecken die Konflikt- und Problemfelder.

Es gab lange den ideologisch belasteten Blickwinkel der Wissenschaft, die ehemaligen Kolonien seien vor der Kolonialisierung generell friedfertiger gewesen, weil sie scheinbar herrschaftsfrei waren. Dabei wurde "nichtstaatlich" mit "herrschaftsfrei" gleichgesetzt - das war das Ideologische daran. Die Frage nach der Notwendigkeit zentraler politischer Führung bei Existenz einer ausbalancierten Sozialstruktur jedoch ist berechtigt. Auch wichtig ist eine kritische Herangehensweise an die europäische Einflussnahme, weil sie heutige Defizite in jenen Ländern der Kolonialisierung im historischen Kontext analysieren kann.

### **Melanesische Big-Men**

1975 wurde Papua-Neuguinea von australischer Kolonialherrschaft unabhängig. Flächenmäßig ist PNG das größte Land Melanesiens und beherbergt vier Millionen Einwohner mit der größten Diversität der Welt - über 700 Regionalsprachen und mehrere 100 ethnische Gruppen. Der Bezug der Einwohner zum Staat ist kaum existent.

Eine der großen Herausforderungen seit der Unabhängigkeit PNGs war es, die Konflikte zwischen den kleinräumigen politischen Einheiten zu reduzieren. Die politischen Eliten vor allem der melanesischen Länder Ozeaniens sind mehrheitlich von Korruption, Kollusion und Nepotismus geprägt - das bedroht die Entwicklung der Inselstaaten. Politiker fühlen sich nur ihrer eigenen Herkunftsgruppe gegenüber verantwortlich, auch Geldgier spielt eine Rolle.

In PNG gibt es das *wantok*-System, abgeleitet von "*one talk*". Dies ist ein Hindernis für die Entwicklung einer übergeordneten nationalen Identität und Identifikation des Verantwortlichen mit den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des Gesamtgemeinwesens. Bezeichnend - heute gibt es noch keine durchgehende Straße von der Süd- zur Nordküste Papua-Neuguineas. Zu vielfältig sind die Einzelinteressen der lokalen Politiker und "*Big Men*", über deren Stammes- und Klangebiet eine Trasse verlaufen würde, als dass man so ein visionäres Ziel verfolgen könnte oder wollte.

Das Bewusstsein, gemeinsam in einem Staat zu leben, ist zu gering, was zu ethnischem Tribalismus führt. Hier treffen moderne Formen der politischen Organisation - der Staat mit seinem Gewaltmonopol - auf nichtstaatliche, vormoderne Konzeptionen politischer Organisation in Form relativ kleiner sozialer Gemeinwesen, die sehr heterogen sind. Die kleinen Gemeinwesen sind von größerer Instabilität gekennzeichnet, der Status der "*Big Men*" (Stammesführer) differiert je nach Fall. In Polynesien dagegen ließen sich auch längerfristige Projekte initiieren, da die Herrscher im Optimalfall ein Leben lang an der Macht waren.

### **"Ancestral Polynesian Society"**

Der Ursprung dieser geschichteten, stratifizierten Gesellschaft war das "kleine Dreieck" Fidschi-Samoa-Tonga. Die Wandlung der polynesischen Gesellschaften war durch mehrere Faktoren bedingt, z. B. Demographie, Klima, Intensivierung der Produktion und sozialen Wettbewerb. Es kam zu Statusrivalität und zur Ausprägung der Klassengesellschaft - das führte zu Auswanderung und Erschließung neuer Gebiete.

Es kam auch zu sozialem Wettbewerb bei der Gewichtung von Göttern und ihren Positionen in Verbindung mit der Errichtung von Monumentalbauten. Sichtbarstes Symbol dafür war das religiös-politische Zentrum Raiatea.

**Irving Goldman:** Unterschied traditionelle, offene und stratifizierte Gesellschaften, um die Evolution der Formen politischer Machtausübung zu skizzieren. Jede dieser Formen verlinkte er auch mit bestimmten Inselgruppe.

1. Die traditionelle Form war durch eine Führungspersönlichkeit gekennzeichnet, die durch "höhere Macht" ihre Legitimität erhielt. Von Bedeutung war auch immer der Besitz von *mana*, einer Kraft, die den Inhaber zur Ausübung seines Amtes legitimierte. Je höher die Position war, umso mehr *mana* besaß die Person, wobei die älteste männliche Linie in Polynesien die meiste Macht hatte. Die zentral ausgerichtete Seniorität war von einer Art "Heiligkeit" umgeben. Die Stabilität dieser Gesellschaft war durch religiös sanktionierte Abstufung der Werte abgesichert - die Führung hatte sowohl religiöse als auch politische Funktion und Kompetenzen. Pro territorialer Einheit gab es einen "Heiligen Häuptling" als "*primus inter pares*". (mit Macht ausgestatteter Herrscher)
2. Bei der offenen Gesellschaft war die Seniorität militärischer oder politischer Art. Das System war weniger religiös orientiert, wichtig war die Unterscheidung zwischen ererbtem und erworbenem Status. Die Stabilität war säkular, religiöse Kompetenzen waren auf Priester übergegangen. Es wurden Orts- und Territorialparlamente eingerichtet.
3. Das stratifizierte Modell schließlich war durch klare Unterscheidungen im Statussystem gekennzeichnet, die weitreichenden Einfluss auf das Alltagsleben hatten. Statusunterschiede waren politisch und wirtschaftlich bedingt. Personen hoher Rangstufen hatten die Herrschaft inne und besaßen das Land, die Gemeinen waren Untertanen und landlos. Dies war eine Kombination aus traditioneller und offener Gesellschaftsform. Respekt und Achtung vor dem Rang der Seniorität kombiniert mit notwendigen Konzessionen an politische und wirtschaftliche Macht. Politisch-strukturell erinnerte das System an den Absolutismus - der Häuptling war oft Herrscher über Leben und Tod und Besitzer allen Grund und Bodens. Die Macht war zentral organisiert, es gab Arbeitsteilung und Institutionen zur Überwachung und Verwaltung. Der Herrscher verpachtete sein Land und erzielte auf diese Weise Gewinne.

Das sind idealtypische Modelle mit tendenziellen Parametern und lokalen Abweichungen.

Am nächsten am modernen Staat war Hawaii kurz vor der europäischen Einflussnahme.

## Staat aus Sicht der Kommunikationswissenschaft:

### Zusammenfassung aus dem Buch:

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich bei der Analyse des Staates vor allem mit Öffentlichkeit und der Verbindung dieser mit staatlicher Herrschaft. Öffentlichkeit und öffentlicher Diskurs sind existentielle Bestandteile von Demokratie und damit Bestandteile des heutigen Verständnisses der Staatsform.

**Neidhardt:** *"Öffentlichkeit gehört zur verfassungsrechtlich gesicherten Grundausstattung der Demokratien, und aus dieser Bindung entwickeln sich die politischen Funktionen, die man ihr zurechnet, sowie die Ansprüche und Maßstäbe, an denen man sie misst."*

Bei Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung handelt es sich um politische Begriffe, die seit dem Beginn der Aufklärung eine normative Ladung besitzen. Demokratieverständnis beinhaltet Partizipation der Bevölkerung, Bürgerbeteiligung an der Herrschaft. Durch öffentlichen Diskurs sollen Meinungen und Interessen von Bürgern und gesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden. Gleichzeitig besteht eine *"Rechenschaftspflicht"* der Politiker den Bürgern gegenüber. Durch Diskurs unter Partizipation einer Vielzahl gesellschaftlicher Mitglieder soll eine Gesellschaft zu demokratischen Lösungen gelangen.

Die Wurzeln der Öffentlichkeit liegen im antiken Griechenland, wo auf der Agora öffentliche Debatten stattfanden. Das heutige Verständnis von Öffentlichkeit geht auf die Zeit der Französischen Revolution zurück. Diese forderte ein neues Verständnis von Staat und die Beteiligung von Bürgern an staatlicher Herrschaft.

**Habermas:** *"Vernunft und Tugend, mithin der 'Austritt aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit', realisiert sich in (...) freier öffentlicher Kommunikation, weil nur ein 'Publikum sich selbst aufklären' kann."*

Die vernünftige Ergebnisse freier Kommunikation könnten den Rechtsstaat ebenso konstituieren wie das aufgeklärte bürgerliche Individuum. Bürgerlich-demokratische Grundrechte sind die Bedingung der Emanzipation - es kommt zu einer *"Bürgergesellschaft"*, die sich über öffentliche Kommunikation und das politische Handlungssystem selbst bestimmt. Es soll zur Übereinkunft der Staatsbürger kommen - das ist die Voraussetzung dafür, dass sich eine Gesellschaft weiterentwickeln kann. Öffentliche Ausverhandlungsprozesse sind konstituierende Bedingung für demokratische Herrschaft.

### Theoriekonzepte von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist ein Schlüsselbegriff für sozialwissenschaftliche Forschung, dennoch gibt es keine einheitliche Definition dafür. Man kann empirisch-analytische oder normative Zugänge wählen, Öffentlichkeit also als Grundlage für Operationalisierung oder als Maßstab zur Evaluierung sehen.

**Vier zentrale Theorieströmungen:**

- *repräsentative liberale Theorie*

Diese Theorie wird auch "*Spiegelmodell*" genannt. Ein Vertreter dieser Theorie ist Luhmann. Nach diesem Modell sind die Teilnehmer an der Öffentlichkeit hauptsächlich gesellschaftliche Eliten und Experten. Die Einbindung der Bürger ist nicht notwendig - sie sollen nur ihre Vertreter durch Wahlen bestimmen. Medien bieten diesen gewählten Vertretern eine "*Informationsplattform*".

- *partizipatorische liberale Theorie*

Bei dieser Theorie geht es vor allem um Transparenz in der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit wird dabei als "*Marktplatz der Ideen*" gesehen, Medien sollen möglichst viele Akteure zur Partizipation am Diskurs einladen. Dabei sollen nicht nur gesellschaftliche Eliten am Diskurs teilnehmen.

- *diskursive Theorie*

Ähnlich der partizipatorischen Theorie, allerdings wird hierbei die Frage nach der Rationalität und Qualität der Öffentlichkeit aufgeworfen. Durch den Austausch verschiedener Argumente in der Öffentlichkeit solle es zu "*Verständigung durch Kommunikation*" kommen - die besten Argumente sollen gewinnen und einen Konsens erzielen. Dieses Modell setzt Diskursbereitschaft, gegenseitigen Respekt der Akteure und geteilte Normen und Werte der Akteure voraus.

- *konstruktivistische Theorie*

Diese Theorie geht von Machtverhältnissen zwischen den Akteuren im öffentlichen Diskurs aus und sieht eine gleichberechtigte Bürgergesellschaft kritisch - es wird nicht von Chancengleichheit ausgegangen. Medien hätten die Aufgabe, diese Machtstrukturen aufzubrechen und möglichst alle am Diskurs teilhaben zu lassen.

**Medienöffentlichkeit**

Öffentlichkeit findet zunehmend massenmedial vermittelt statt.

**Medialisierung:** Prozess der zunehmenden Durchdringung der Gesellschaft mit Medienangebot

**Mediatisierung:** Durchdringung der Gesellschaft mit Medientechniken

**Institutionalisierung der Medien:** Lässt sich auf das 17. Jahrhundert zurückführen, als Periodika rauskamen. Herausbildung von Regelmustern, Etablierung von Medien als Teil des Lebens und die Funktionen der Medien führten dazu, dass sie eine Institution wurden.

**Mediengesellschaft:** Gesellschaft baut darauf auf, dass es massenmediale Öffentlichkeit gibt.

Massenmedien haben wesentliche Vermittlungsfunktionen zur Gewährleistungen des sozialen Zusammenlebens, zur Reduktion sozialer Komplexität inne. Zudem erfüllen sie eine "*Problematisierungsfunktion*" für den Staat - solche Problematisierungen können von politischen Akteuren oder durch die Medien selbst erfolgen.

Definitionsmacht wird in der Mediengesellschaft oft in politische Macht umgewandelt. Die Akteure, die Definitionsmacht haben, können auch die politische Agenda mitbestimmen. Medien bestimmen nicht, *wie* wir denken, aber *worüber* wir nachdenken. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu Wort kommen zu lassen. Das ist wichtig, da durch die Ökonomisierung der Massenmedien prominente Akteure tendenziell mehr, nicht-prominente Akteure tendenziell weniger Definitionsmacht bekommen.

Zentral sind gleiche Partizipationschancen an der Kommunikation für alle Bürger. Nicht alle haben den gleichen Zugang zum öffentlichen Diskurs, aus vielerlei Gründen:

- soziale Gründe (Medienkompetenz, Lesekompetenz)
- technische Gründe (technische Ausstattung, Haushaltsausstattung)
- wirtschaftliche Gründe (finanzieller Aufwand des Zugangs zum öffentlichen Diskurs)

### **Transnationalisierung von Kommunikationsarenen**

Bisher war Öffentlichkeit an nationalstaatliche Grenzen gebunden. Mittlerweile kommt es mehr und mehr zur Entgrenzung, die Grenzziehungen orientieren sich weniger an nationalstaatlichen, sondern mehr an sprachlichen Grenzen. Die Ausbildung transnationaler Arenen ist eine der wesentlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Durch weltweiten Empfang von TV-Programmen und das Internet wird klar, dass die Möglichkeiten dafür prinzipiell gegeben sind. Der EU fehlt es bislang trotzdem an transnationalen Medien und Diskursen.

**Hepp & Wessler:** Es gibt einen Prozess der Transnationalisierung von Öffentlichkeit in Europa, andererseits bleiben nationale politische Öffentlichkeiten bestehen - Nationen wirken in unterschiedlichem Maße segmentierend auf die entstehende europäische Öffentlichkeit ein.

### **Institutionalisierungsformen von Medien**

Kommunikationsarenen sind vom jeweiligen Mediensystem eines Staates bestimmt. Dabei hat der Staat vielfältige Eingriffsmöglichkeiten. Zentrales Element ist die Kommunikationsfreiheit, die rechtlicher, politischer und ökonomischer Voraussetzungen bedarf. In demokratisch organisierten Gesellschaften ist Kommunikationsfreiheit eine notwendige Voraussetzung, in anderen Staatsformen ist die Etablierung dieser noch ein aktuelles Thema.

Ein freies und offenes Mediensystem ist die Voraussetzung für die Bildung einer politischen Öffentlichkeit. Auch Kommunikationsfreiheit ist ein Ergebnis der Aufklärung und umfasst mehrere bürgerliche Freiheiten:

- Informationsfreiheit
- Meinungsfreiheit
- Pressefreiheit

Medienpolitik determiniert sowohl die journalistische Arbeit als auch die Ausgestaltung der massenmedialen Öffentlichkeit.

**Vier wesentliche Institutionalisierungsformen:**

- *autoritäre Institutionalisierung*

Medien unterliegen der staatlichen Kontrolle. Zensur, Verbote und Veröffentlichung gemäß den Wünschen der Machteliten sind charakteristisch. Medien werden zur Machtstabilisierung benutzt. Diese Institutionalisierungsform kommt sowohl in politisch linken wie auch in politisch rechten Staatsapparaten vor. Als Beispiel gilt Österreich unter Dollfuß.

- *demokratisch kontrollierte Institutionalisierung*

Da sich Medieninhalte am freien Markt oft nach dem Prinzip "*more of the same*" angleichen, kommt es zur demokratischen Kontrolle einiger zentrale Bereiche - etwa durch die Einsetzung und (Mit-)Finanzierung eines staatlichen Rundfunks. Wesentlich ist, dass die Kontrolle keinen parteipolitischen Interessen folgt, sondern im allgemeinen Interesse durchgeführt wird.

- *liberale Institutionalisierung*

Medien sind ausschließlich im privaten Besitz, Regulierung erfolgt nur durch Angebot und Nachfrage. Der Staat gibt lediglich Rahmenbedingungen vor. Das kann zur Monopolbildung, ökonomischen Machtbündelungen und Abhängigkeiten führen - außerdem sind Medien nicht nur Wirtschafts- sondern auch Kulturgüter.

Handeln von Medien orientiert sich zunehmend an ökonomischen statt publizistischen Kriterien. Der ursprüngliche Zweck der Medien - Publizität - weicht der Gewinnmaximierung. Massenmedien suchen Erfolg auf zwei Märkten - dem Werbemarkt und dem Publikumsmarkt. Nicht mehr inhaltlich-qualitative Kriterien, sondern Reichweite ist ausschlaggebend für den Markterfolg. Dies führt dazu, dass Medienprodukte stark nach werberelevanten Zielgruppen ausgerichtet werden. Das kann auch zur medialen Unterversorgung von nicht werberelevanten Zielgruppen führen. Publizistische Qualität kommt nur geringer Stellenwert zu.

- *totalitäre Institutionalisierung*

Eine schärfere Ausprägung der autoritären Institutionalisierung. Zu Zensur, Postverboten, Überwachung etc. werden von Machteliten befürwortete Medien noch gefördert. Nicht erwünschte Medieninhalte werden verboten, die Medien sind in staatlicher Hand und werden überall kontrolliert. Vor allem in Diktaturen zu finden.